

Handbuch Polizei- und Sicherheitsrecht

Lisken / Denninger / Bäcker

8., vollständig überarbeitete Auflage 2026
ISBN 978-3-406-80595-0
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Lisken/Denninger/Bäcker
Handbuch Polizei- und Sicherheitsrecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch Polizei- und Sicherheitsrecht

Gefahrenabwehr – Strafverfolgung – Rechtsschutz

Herausgegeben von

Prof. Dr. Matthias Bäcker, LL. M.

Universitätsprofessor an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

8., vollständig überarbeitete Auflage

des von Prof. Dr. Hans Liskén † und Prof. Dr. Dr. h. c. Erhard Denninger †
begründeten Werks

2026

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG





ISBN 978 3 406 80595 0

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Prof. Dr. Hartmut Aden	Professor für Öffentliches Recht, Europarecht, Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Prof. Dr. Clemens Arzt	Ehemaliger Professor für Staats- und Verwaltungsrecht und Recht der Fahrzeugautomatisierung an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Prof. Dr. Matthias Bäcker, LL.M.	Professor für Öffentliches Recht und Informationsrecht, insbesondere Datenschutzrecht an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Prof. Dr. Tristan Barczak, LL.M.	Professor für Öffentliches Recht, Sicherheitsrecht und das Recht der neuen Technologien an der Universität Passau
Nils Bergemann	Regierungsdirektor bei der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Bonn
Elisabeth Buchberger†	Richterin am Bundesverwaltungsgericht a. D.
Prof. Dr. Helmut Frister	Seniorprofessor für Strafrecht an der Heinrich Heine-Universität Düsseldorf
Dr. Stephanie Gamp	Richterin am Bundesverwaltungsgericht
Dr. Rainald Gerster	Präsident des Verwaltungsgerichts Frankfurt am Main
Jun.-Prof. Dr. Sebastian Golla	Juniorprofessor für Kriminologie, Strafrecht und Sicherheitsforschung im digitalen Zeitalter an der Ruhr-Universität Bochum
Prof. Dr. Andrea Kießling	Professorin für Öffentliches Recht, Sozial- und Gesundheitsrecht und Migrationsrecht an der Goethe Universität Frankfurt a. M.
Michael Kniesel	Rechtsanwalt; Staatsrat a. D., Bonn
Prof. Dr. Carsten Kremer, M. A., M. Jur. (Oxford)	Professor für Öffentliches Recht und Neuere Rechts- und Verfassungsgeschichte an der Universität Rostock
Dr. Reinhard Marx	Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.
Prof. Dr. Michael W. Müller, M. A., LL.M. (Cambridge)	Professor für Öffentliches Recht, Europäisches Wirtschaftsrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Mannheim
Prof. Dr. Ralf Poscher	Geschäftsführender Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht Freiburg; Honorarprofessor an der Albert Ludwigs-Universität Freiburg

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Prof. Dr. Fredrik Roggan	Professor an der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg
Dr. Thomas Schwabenbauer	..	Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, München
Prof. Dr. Friederike Wapler	...	Professorin für Rechtsphilosophie und Öffentliches Recht an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Dr. Dieter Weingärtner	Ministerialdirektor a. D., Berlin


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur achten Auflage

Im Dezember 2021 ist Erhard Denninger, Mitbegründer und bis zuletzt Mitherausgeber des Handbuchs, verstorben. Herausgeber und Verlag werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren und sind bestrebt, den von Erhard Denninger und Hans Liskén verfolgten konsequent rechtsstaatlichen Ansatz fortzuführen.

Des Weiteren ist zur achten Auflage Kurt Graulich als Herausgeber und Autor ausgeschieden. Alleiniger Herausgeber des Handbuchs ist nunmehr Matthias Bäcker. Herausgeber und Verlag danken Kurt Graulich für die ertragreiche Zusammenarbeit. Als neuer Autor konnte Tristan Barczak gewonnen werden. Tristan Barczak und Matthias Bäcker haben das bisher von Kurt Graulich verantwortete Kapitel zum Polizeihandeln neu verfasst.

Elisabeth Buchberger ist im Juni 2022 verstorben. Auch an sie wird hier noch lange gedacht werden. Die Bearbeitung der von Elisabeth Buchberger verfassten Kapitel zum Rechtsschutz sowie zum Staatshaftungs- und Kostenrecht hat Stephanie Gamp übernommen.

In die achte Auflage waren erneut weitreichende Änderungen der gesetzlichen Grundlagen wie auch wichtige Entwicklungen in der verfassungs- und fachgerichtlichen Rechtsprechung einzuarbeiten. Dabei wurde erneut deutlich, dass sich das Polizeirecht adäquat nur noch als Teil eines behördenübergreifenden Sicherheitsrechts beschreiben und bewerten lässt. Inhaltlich hat das Handbuch dieser Einbettung immer schon Rechnung getragen. Nunmehr soll sie auch im Titel zum Ausdruck gelangen.

Mainz im Juli 2025

Matthias Bäcker

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter	V
Vorwort zur achten Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	LVII
 Kapitel 1. Geschichte der Polizei in Deutschland	 1
I. Die Polizei im frühmodernen Staat (15. bis 18. Jahrhundert)	6
II. Die Polizei in der konstitutionellen Monarchie des 19. Jahrhunderts	13
III. Die Polizei in der Weimarer Republik und unter dem nationalsozialistischen Regime	28
IV. Die Polizei nach 1945	33
V. Die Entwicklung der Polizei von 1960 bis zur Wiedervereinigung	40
VI. Die Polizei seit 1990	53
 Kapitel 2. Die Polizei in der deutschen Sicherheitsarchitektur	 71
I. Organisation der Sicherheitsbehörden und Geheimdienste in Deutschland ..	78
II. Bundesstaatliche Grundlagen der Polizeiarbeit	129
III. Organisationsverfassungsrechtliche Grundlagen der Polizeiarbeit	157
 Kapitel 3. Polizeiaufgaben und Regelungsmuster des polizeilichen Eingriffsrechts	 189
I. Die Polizei in der Aufgabenordnung	196
II. Regelungsmuster des präventiven Handlungsfeldes	208
III. Regelungsmuster des repressiven Handlungsfeldes	287
IV. Überlappungen und Wechselwirkungen von präventivem und repressivem Handlungsfeld	299
 Kapitel 4. Das Polizeihandeln	 307
I. Formen des polizeilichen Handelns	323
II. Handlungsleitende Maßstäbe	337
III. Polizeirechtliche Generalklauseln	365
IV. Standardbefugnisse	394
V. Polizeilicher Zwang	567
 Kapitel 5. Polizeihandeln im Strafverfahren	 597
I. Strafverfahren und die strafprozessualen Aufgaben der Polizei	602
II. Vernehmung	609
III. Allgemeine Fragen des strafprozessualen Eingriffsrechts	641
IV. Untersuchungshaft und vorläufige Festnahme	660
V. Fahndungsmaßnahmen und Identitätsfeststellung	676
VI. Sicherstellung	681
VII. Durchsuchung	692
VIII. Körperliche Untersuchungen, erkennungsdienstliche Maßnahmen und DNA-Analyse	698

Kapitel 6. Informationsverarbeitung im Polizei- und Strafverfahrensrecht	719
Teil I. Verfassungs-, unions- und konventionsrechtliche Vorgaben	742
I. Einleitung: Die Polizei der digitalen Gesellschaft im Mehrebenensystem des Rechts	742
II. Verfassungsrecht	750
III. Unions- und Konventionsrecht	869
Teil II. Einfachrechtliche Ausgestaltung der Informationsverarbeitung im Polizei- und Strafverfahrensrecht	972
I. Grundlagen des Rechts der polizeilichen Informationsverarbeitung	972
II. Datenerhebung	985
III. Weiterverarbeitung von Daten	1047
IV. Befugnisse zur Datenübermittlung	1060
V. Befugnisse zum Datenabgleich	1080
Teil III. Flankierende Vorgaben zur Datenverarbeitung im Recht von Bund und Ländern	1108
I. Datenhaltung	1108
II. Technische Vorbereitung und Gestaltung von Datenverarbeitung	1109
III. Dokumentation	1113
IV. Organisation	1117
V. Information	1118
Teil IV. Aufsichtsbehörden nach dem Recht von Bund und Ländern	1120
I. Bundes- und Landesbeauftragte für den Datenschutz als Aufsichtsbehörden	1120
II. Auslöser für ein Tätigwerden der Aufsichtsbehörde	1121
III. Ausgestaltung der Aufsicht	1122
IV. Schutz der betroffenen Person durch die und vor der Aufsichtsbehörde	1129
V. Rechtsschutz des Verantwortlichen gegen die Aufsichtsbehörde	1132
Teil V. Rechte der betroffenen Person	1132
I. Auskunftsanspruch der betroffenen Person	1132
II. Schutz der betroffenen Person durch die und vor der Aufsichtsbehörde	1134
III. Rechtsschutz gegen den Verantwortlichen (Art. 54 DSRL-JI)	1134
IV. Möglichkeit widersprechender Gerichtsentscheidungen: Verfahren gegen die Aufsichtsbehörde und gegen den Verantwortlichen	1135
Teil VI. Praxis der polizeilichen Datenverarbeitung	1136
I. Praxis und Herausforderungen der polizeilichen Datenverarbeitung	1136
II. Neugestaltung der polizeilichen Datenverarbeitung – von Polizei 2020 bis P20	1144
III. Einsatzleitstellen, Vorgangs- und Fallbearbeitung	1152
IV. Polizeilicher Informationsverbund	1161
V. Videoüberwachung, Personen-, Gesichts- und Verhaltenserkennung	1184
VI. Polizeiliche Analyseysteme und Data Mining	1195
VII. Weitere relevante Dateien und Systeme	1200
VIII. Europäischer Datenaustausch	1210
IX. Interpol	1213
Kapitel 7. Nachrichtendienste und Polizei	1217
I. Entwicklung und verfassungsrechtlicher Rahmen	1221
II. Aufgaben und Befugnisse	1229
III. Allgemeine Verfahrenssicherungen	1320

Kapitel 8. Gefahrenabwehr durch Ordnungsverwaltung	1329
I. Aufenthaltsrecht	1335
II. Gesundheitsrecht	1374
III. Hilfeleistungsrecht	1393
IV. Luftsicherheitsrecht	1410
V. Melde-, Pass- und Ausweisrecht	1431
VI. Straßenverkehrsrecht	1469
VII. Öffentliches Vereinsrecht	1481
VIII. Waffenrecht	1510
IX. IT-Sicherheitsrecht	1532
X. Einsatz der Bundeswehr im Innern	1546
Kapitel 9. Versammlungsrecht	1569
I. Historischer Aufriss	1576
II. Völker- und unionsrechtliche Vorgaben	1578
III. Kompetenzen für das Versammlungswesen	1581
IV. Grundrechtlicher Schutz	1589
V. Vorgaben der Versammlungsgesetze	1641
Kapitel 10. Rechtsschutz	1699
I. Einleitung	1701
II. Rechtsschutz gegen polizeirechtliche Maßnahmen	1706
III. Rechtsschutz gegen strafprozessuale Eingriffe	1755
Kapitel 11. Staatshaftung im Polizei- und Ordnungsrecht und Haftung des Bürgers für Polizeikosten	1765
I. Staatshaftung im Polizei- und Ordnungsrecht	1770
II. Haftung für Polizeikosten	1803
Kapitel 12. Europäische Rechtsgrundlagen und Institutionen des Polizeihandelns	1845
I. Einführung	1849
II. Rechtsgrundlagen des europäisierten Polizeihandelns im Wandel	1857
III. EU-Agenturen und -Einrichtungen für die Polizei- und Justizzusammenarbeit	1876
IV. Zentralisierter und vernetzter Informationsaustausch	1899
V. Polizeiliche Unterstützung anderer EU-Staaten bei Ermittlungen und Fahndung jenseits des Informationsaustausches	1916
VI. Polizeihandeln auf dem Hoheitsgebiet anderer EU-Staaten	1927
VII. Polizeihandeln an den Schnittstellen zwischen innerer Sicherheit und EU-Außenpolitik	1940
VIII. Fazit und Ausblick	1943
Sachverzeichnis	1947



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter	V
Vorwort zur achten Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	LVII

Kapitel 1. Geschichte der Polizei in Deutschland (<i>Kremer</i>)	1
I. Die Polizei im frühmodernen Staat (15. bis 18. Jahrhundert)	6
1. „Policey“ und Polizeiordnungen im 15. und 16. Jahrhundert	6
2. Polizei und Polizeiwissenschaft im Zeitalter des Absolutismus (17. und 18. Jahrhundert)	9
II. Die Polizei in der konstitutionellen Monarchie des 19. Jahrhunderts	13
1. Wandel des Polizeibegriffs	13
2. Entwicklung der Polizei im 19. Jahrhundert	17
3. Liberale Polizeikritik	23
4. Polizei und Rechtsstaat	24
III. Die Polizei in der Weimarer Republik und unter dem nationalsozialistischen Regime	28
1. Organisation der Polizei in der Weimarer Republik	28
2. Die Polizei als Instrument der nationalsozialistischen Diktatur	31
IV. Die Polizei nach 1945	33
1. Die Polizei unter der Besatzungsherrschaft	33
2. Die „Restauration“ der Polizei in der frühen Bundesrepublik	36
V. Die Entwicklung der Polizei von 1960 bis zur Wiedervereinigung	40
1. Einbeziehung Ehrenamtlicher in die Polizeiarbeit	41
2. Studentenunruhen und Notstandsgesetze	41
3. Bedrohung durch den Terrorismus und Zentralisierungstendenzen	42
4. Vereinheitlichung des Polizeirechts durch den Musterentwurf und Herausbildung des polizeilichen Datenschutzrechts	48
5. Streit über das Schutzgut „öffentliche Ordnung“	49
6. Versammlungsrecht	50
7. Polizeigesetzgebung in der DDR	52
VI. Die Polizei seit 1990	53
1. Entwicklung des Sicherheitsrechts von 1990 bis zum 11.9.2001	53
2. Umbau der Sicherheitsarchitektur nach dem 11.9.2001	58
3. Reform des EU-Datenschutzrechts und neue Befugnisse zur Verhütung terroristischer Straftaten	67

Kapitel 2. Die Polizei in der deutschen Sicherheitsarchitektur (<i>Roggan/Bäcker</i>)	71
I. Organisation der Sicherheitsbehörden und Geheimdienste in Deutschland (<i>Roggan</i>)	78
1. Vorbemerkung	78
a) Kennzeichen und Entwicklungen	78
b) Begrifflichkeiten	82

2. Kommunale Sicherheitsbehörden	87
a) Ordnungsämter	88
b) Insbesondere: „Stadtpolizei“	88
3. Polizeibehörden der Länder	89
a) Polizeipräsidien/Polizeidirektionen	90
b) Bereitschaftspolizei	95
c) Landeskriminalämter	95
4. Polizeibehörden des Bundes	96
a) Bundespolizei	97
b) Bundeskriminalamt	100
c) „Bundesfinanzpolizei“	100
d) Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder	103
e) Polizei beim Deutschen Bundestag	104
5. Infrastrukturbehörden des Bundes	104
a) Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik	104
b) Bundesnetzagentur	104
6. Geheimdienste	105
a) Begriffsklärung	105
b) Verfassungsschutzbehörden	107
c) Bundesnachrichtendienst	108
d) Amt für den Militärischen Abschirmdienst	109
7. Justiz	110
a) Vorbemerkung	110
b) Staatsanwaltschaften	112
c) Gerichte	113
8. Exkurse: Informelle Strukturen	115
a) Obere Bundesebene	116
b) Untere Bundesebene	123
c) Landesebene	125
d) Kommunale Ebene	128
II. Bundesstaatliche Grundlagen der Polizeiarbeit (<i>Bäcker</i>)	129
1. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Strafrecht und das Strafverfahrensrecht	129
a) Strafverfolgung als Maßnahmeziel in polizeirechtlichen Überwachungsermächtigungen	130
b) Strafrechtliches Maßregelrecht und präventivpolizeiliche individuelle Kriminalprävention	133
c) Fazit	135
2. Kompetenzrechtliche Grundlagen der Polizeibehörden des Bundes	136
a) Kompetenzrechtliche Grundlagen des Bundeskriminalamts	136
b) Kompetenzrechtliche Grundlagen der Bundespolizei	143
c) Kompetenzrechtliche Grundlagen des Zollvollzugsdienstes	148
3. Gesetzgebungskompetenzen für polizeiliche Datenverarbeitungen	148
a) Ermächtigungen zur Erhebung und zur zweckgemäßen Weiterverarbeitung personenbezogener Daten	148
b) Ermächtigungen zur zweckändernden Überführung erhobener Daten in ein einzelnes Zielverfahren	150
c) Ermächtigungen zur Datenbevorratung in verfahrensexternen Datensammlungen	154
III. Organisationsverfassungsrechtliche Grundlagen der Polizeiarbeit (<i>Bäcker</i>) ...	157
1. Polizei und Ordnungsbehörden	158
2. Polizei und Streitkräfte	159

3. Polizei und Nachrichtendienste	163
a) Kompetenzrechtliche Grundlagen der Nachrichtendienste	164
b) Ableitung und Auswirkungen des Trennungsgebots	169
c) Verstetigte informationelle Kooperationen von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten – insbesondere zu den Gemeinsamen Zentren ..	180
4. Polizei und private Sicherheitsgewähr	181
a) Private Sicherheitsgewähr im privaten Auftrag	182
b) Private Sicherheitsgewähr im staatlichen Auftrag	184
c) Überlagerungen hoheitlicher und privater Sicherheitsgewähr	186
Kapitel 3. Polizeiaufgaben und Regelungsmuster des polizeilichen Eingriffsrechts (Bäcker)	189
I. Die Polizei in der Aufgabenordnung	196
1. Funktionen der Aufgabenzuweisungen	196
2. Aufgaben auf dem präventiven Handlungsfeld	197
a) Materieller und formeller Polizeibegriff	197
b) Gefahrenabwehr im engeren Sinne	198
c) Verhütung von Straftaten	203
d) Polizei als Sonderordnungsbehörde	204
3. Aufgaben auf dem repressiven Handlungsfeld	204
a) Strafverfolgung	204
b) Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	205
c) Vorsorge für die Strafverfolgung	206
4. Hilfsaufgaben	206
a) Amtshilfe	207
b) Vollzugshilfe	208
II. Regelungsmuster des präventiven Handlungsfeldes	208
1. Gefahrenabwehr im engeren Sinne	208
a) Polizeiliche Schutzgüter	208
b) Konkrete Gefahr	218
c) Einordnung des Gefahrverdachts	226
d) Qualifikationen der konkreten Gefahr	230
e) Verantwortlichkeit	233
f) Inanspruchnahme von Nichtverantwortlichen	260
g) Begriff, Funktion und Abgrenzung der abstrakten Gefahr	263
2. Verhütung von Straftaten – das präventivpolizeiliche Vorfeldrecht	267
a) Konzeptionelle Grundlagen: Handlungskonzepte der Polizei	267
b) Die verfassungsrechtliche Prägung des präventivpolizeilichen Vorfeld- rechts	270
c) Tatbestandstypen im Gefahrvorfeld	273
III. Regelungsmuster des repressiven Handlungsfeldes	287
1. Eingriffsmaßnahmen im strafprozessualen Ermittlungsverfahren	287
a) Verdachtstatbestand	287
b) Qualifikationen des Verdachtstatbestands	290
c) Betroffene von Eingriffsmaßnahmen	292
2. Vorverlagerungen auf dem repressiven Handlungsfeld	292
a) Eingriffsmaßnahmen im Verdachtsvorfeld	293
b) Präventive Indienstnahme des Strafverfahrens und des strafrechtlichen Rechtsfolgenregimes durch kriminalpräventives Strafrecht	296
IV. Überlappungen und Wechselwirkungen von präventivem und repressivem Handlungsfeld	299
1. Punktueller Gemengelagen	300
2. Strukturelle Gemengelagen	301

3. Kriminalpräventives Strafrecht und präventivpolizeiliche Eingriffsermächtigungen	304
Kapitel 4. Das Polizeihandeln (Barczak/Bäcker)	307
I. Formen des polizeilichen Handelns (Barczak)	323
1. Rechtsstaatliches Handeln der Polizei und die Logik der Form	323
2. Polizeiliches Ermessen und die Freiheit der Formenwahl	325
a) Rechtsformen	326
b) Handlungsformen	333
c) Folgeformen	336
II. Handlungsleitende Maßstäbe (Barczak)	337
1. Vorbemerkung: Polizei- und Sicherheitsrecht als Referenzgebiet der Maßstabslehre	337
2. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	342
a) Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes	342
b) Trennung von Aufgabe und Befugnis	342
3. Opportunitäts- und Legalitätsprinzip	343
a) Polizei- und Sicherheitsrecht als Recht des flexiblen Mitteleinsatzes ..	343
b) Einschreipflicht in Ausnahmefällen: Ermessensreduzierung auf Null ..	346
4. Beurteilungsspielräume im Polizei- und Sicherheitsrecht	347
a) Unbestimmte Rechtsbegriffe	347
b) Gerichtliche Letztentscheidungskompetenz	348
5. Verhältnismäßigkeit	349
a) Maßstabsbündel polizeilicher Handlungsrationalität	349
b) Handlungs- und Kontrollmaßstab	351
6. Bestimmtheit und Rechtssicherheit	352
a) Anforderungen an Polizeiverordnungen	352
b) Anforderungen an Polizeiverwaltungsakte	353
7. Willkürfreiheit und Belastungsgleichheit	354
a) Rationalität durch Objektivität	354
b) Ebenenübergreifende Bedeutung	355
8. Zeitrichtigkeit und Situationsangemessenheit	356
a) Administrative Selbstprogrammierung	356
b) Flexibilität im Umgang mit Ungewissheit und Rationalität „in der Zeit“	357
9. Effektivität und Effizienz	359
a) Effektivität der Gefahrenabwehr	360
b) Korrektiv: Verbot der Erleichterung polizeilicher Arbeit	362
10. Akzeptabilität und Transparenz	363
a) Akzeptanzfähigkeit als Vollzugsbedingung	363
b) Transparenzforderungen: „Bürgernähe“ und interkulturelle Öffnung ..	364
III. Polizeirechtliche Generalklauseln (Barczak)	365
1. Begriff und Bedeutung	365
2. Tatbestand und Rechtsfolge	369
a) Gefahr	369
b) Schutzgüter	371
c) Maßnahmerichtung (Adressat)	374
d) Entschließungs- und Auswahlmessen	374
3. Funktion und Rechtswirkungen	375
a) Grundtatbestand und Koppelungsvorschrift	375
b) Legalitäts- und Kreativitätsreserve; praktisch wesentliche Anwendungsfälle	377
c) Schutzpflicht und Schutzanspruch	379

4. Generalklausel und Standardermächtigungen	380
a) Sperrwirkung der Standardermächtigungen	381
b) Auffangwirkung der Generalklausel	384
5. Systematisierung und Dogmatisierung polizeilicher Befugnisatbestände	389
a) Anordnungs- und Handlungsbefugnisse	389
b) Aktionelle (operative) und informationelle Befugnisse	389
c) Gefahratbestände und Gefahrenvorfeldtatbestände	392
d) Imperative und nicht imperative Befugnisse	393
IV. Standardbefugnisse	394
1. Allgemeines (<i>Barczak</i>)	394
2. Befragung und Auskunftspflicht (<i>Barczak</i>)	395
a) Begriff und Rechtsgrundlagen	395
b) Voraussetzungen	397
c) Verfahren	401
3. Vorladung (<i>Barczak</i>)	404
a) Begriff und Rechtsgrundlagen	404
b) Voraussetzungen	406
c) Verfahren	409
4. Prüfung von Berechtigungsscheinen (<i>Barczak</i>)	414
a) Begriff und Rechtsgrundlagen	414
b) Voraussetzungen und Verfahren	415
c) Sonderfall: Verkehrskontrolle	416
5. Identitätsfeststellung (<i>Barczak</i>)	417
a) Begriff und Rechtsgrundlagen	417
b) Voraussetzungen	419
c) Verfahren	437
6. Erkennungsdienstliche Maßnahmen (<i>Barczak</i>)	440
a) Begriff und Rechtsgrundlagen	440
b) Anwendungsbereich: Abgrenzung zu § 81b Abs. 1 Alt. 2 StPO	442
c) Voraussetzungen	444
d) Verfahren	448
e) Sonderfall: Molekulargenetische Untersuchung und Bestimmung des DNA-Identifizierungsmusters	452
7. Aufenthalts- und Kontaktbeschränkungen (<i>Barczak</i>)	456
a) Platzverweisung	456
b) Aufenthaltsanordnung und Kontaktverbot	461
c) Meldeanordnung	475
d) Elektronische Aufenthaltsüberwachung	479
8. Wohnungsverweisung und Annäherungsverbot (<i>Bäcker</i>)	489
a) Überblick	489
b) Voraussetzungen	491
c) Gegenstände	495
d) Dauer	496
e) Annäherungsverbot und Kontaktverbot	497
9. Gewahrsam (<i>Bäcker</i>)	498
a) Grundlagen	498
b) Voraussetzungen	500
c) Richterliche Entscheidung	509
d) Behandlung festgehaltener Personen	511
e) Dauer	512
10. Durchsuchung von Personen (<i>Bäcker</i>)	516
a) Begriff und Rechtsnatur	516

b) Voraussetzungen und Ziele	517
c) Verfahren	523
11. Untersuchung von Personen (<i>Bäcker</i>)	524
a) Begriff und Rechtsnatur	524
b) Voraussetzungen	524
c) Verfahren	526
12. Durchsuchung von Sachen (<i>Bäcker</i>)	527
a) Begriff und Rechtsnatur	527
b) Voraussetzungen und Ziele	528
c) Verfahren	533
13. Betreten und Durchsuchung von Räumen (<i>Bäcker</i>)	534
a) Grundlagen	534
b) Ermächtigungen zum Betreten von Räumen	539
c) Ermächtigungen zur Durchsuchung von Räumen	542
d) Verfahren bei der Durchsuchung von Räumen	547
14. Sicherstellung (<i>Bäcker</i>)	549
a) Begriff	549
b) Maßnahmen und Rechtsnatur	550
c) Gegenstände	550
d) Voraussetzungen und Ziele	553
e) Umgang mit sichergestellten Sachen	557
f) Insbesondere: Sicherstellung von Vermögensgegenständen und „prä- ventive Gewinnabschöpfung“	562
V. Polizeilicher Zwang (<i>Bäcker</i>)	567
1. Grundlagen	567
2. Zwangsmittel	568
a) Ersatzvornahme	568
b) Zwangsgeld	569
c) Unmittelbarer Zwang	572
3. Vollstreckung von Verwaltungsakten	576
a) Voraussetzung: vollstreckbare Grundverfügung	576
b) Verfahren	578
4. Sofortvollzug und unmittelbare Ausführung	582
a) Begriffe und Abgrenzung	582
b) Voraussetzungen	583
5. Einsatz von Schusswaffen und Explosivmitteln	586
a) Allgemeine Voraussetzungen des Schusswaffengebrauchs	587
b) Voraussetzungen des Schusswaffengebrauchs gegen Personen	589
c) Sonderfälle des Schusswaffengebrauchs gegen Personen	592
d) Einsatz militärischer Waffen	594
Kapitel 5. Polizeihandeln im Strafverfahren (<i>Frister</i>)	597
I. Strafverfahren und die strafprozessualen Aufgaben der Polizei	602
1. Aufgabe und Grenzen eines rechtsstaatlichen Strafverfahrens	602
a) Aufgabe des Strafrechts	602
b) Aufgabe des Strafverfahrens	605
c) Grenzen eines rechtsstaatlichen Strafverfahrens	605
2. Ablauf des Strafverfahrens	606
a) Ermittlungsverfahren	606
b) Zwischenverfahren	606
c) Hauptverfahren	607
3. Aufgaben und Stellung der Polizei im Strafverfahren	607
a) Ermittlungsaufgaben der Polizei	607

b) Weisungsunterworfenheit gegenüber der Staatsanwaltschaft	608
c) Zwangsbefugnisse der Polizei	609
II. Vernehmung	609
1. Vernehmung des Beschuldigten	609
a) Nemo-tenetur-Grundsatz	609
b) Zweck der Vernehmung	610
c) Begriff der Vernehmung	611
d) Begriff des Beschuldigten	612
e) Zeitpunkt der ersten Vernehmung	613
f) Ablauf der Vernehmung (§ 136 StPO)	613
g) Belehrungspflichten	615
h) Anwesenheitsrecht des Verteidigers	618
i) Videoaufzeichnung und audiovisuelle Vernehmung	618
j) Geständnis und Amtsaufklärungspflicht	619
2. Vernehmung von Zeugen	619
a) Begriff und Pflichten des Zeugen	619
b) Zweck der Vernehmung und Zeugnisfähigkeit	620
c) Ablauf der Vernehmung	620
d) Aussageverweigerungsrechte und Belehrungspflichten	621
e) Gegenüberstellung	627
3. Verbotene Vernehmungsmethoden gemäß § 136a StPO	630
a) Grundlagen	630
b) Zufügen von Schmerzen	631
c) Drohungen und Versprechungen	631
d) Täuschung	632
e) Beeinträchtigungen der Vernehmungsfähigkeit	635
f) Lügendetektor	636
4. Verwertungsverbote bei der Vernehmung	637
a) Verstoß gegen § 136a StPO	637
b) Verletzung von § 136 Abs. 1 S. 2 StPO	638
c) Verletzung von Zeugenbelehrungspflichten (§§ 52 Abs. 3 S. 1, 55 Abs. 2 StPO)	639
d) Fernwirkung der Verwertungsverbote	640
III. Allgemeine Fragen des strafprozessualen Eingriffsrechts	641
1. Systematik der Eingriffsbefugnisse	641
2. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und die Bedeutung der Unschuldsvermutung	642
3. Gesetzliche Konkretisierungen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	643
a) Anforderungen an den Verdachtsgrad	643
b) Anforderungen an Art und Schwere der Tat	644
c) Subsidiaritätsklauseln	645
4. Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung und rechtlich anerkannter Vertrauensverhältnisse	646
a) Kernbereich privater Lebensgestaltung	646
b) Rechtlich anerkannte Vertrauensverhältnisse	647
5. Anordnungsbefugnis	648
a) Regelmäßiger Richtervorbehalt	648
b) Eilkompetenz der Staatsanwaltschaft und ihrer Ermittlungspersonen ..	649
6. Begleiteingriffe und Anwendung unmittelbaren Zwangs	651
7. Verwertungsverbote und Verwertungsbeschränkungen	652
a) Verbote der Verwertung rechtswidrig erhobener Informationen	652
b) Beschränkungen der Verwertung rechtmäßig erhobener Informationen	655

IV. Untersuchungshaft und vorläufige Festnahme	660
1. Verfassungsrechtliche und tatsächliche Grundlagen	660
2. Grundzüge der gesetzlichen Regelung	661
a) Materielle Haftvoraussetzungen	661
b) Zuständigkeit und Verfahren	662
3. Haftgründe	663
a) Flucht, Fluchtgefahr und Hauptverhandlungshaft	663
b) Verdunkelungsgefahr	664
c) Schwere der Tat	665
d) Wiederholungsgefahr	666
e) Exkurs: Einstweilige Unterbringung gemäß § 126a StPO	667
4. Bedeutung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	668
a) Verhältnismäßigkeit der Anordnung von Untersuchungshaft	668
b) Aussetzung des Haftvollzugs	668
c) Zeitliche Grenzen der Untersuchungshaft	669
5. Verhaftung und vorläufige Festnahme	671
a) Verhaftung	671
b) Vorläufige Festnahme	673
c) Festnahmerecht Privater	674
d) Ausführung der Festnahme	674
6. Weiteres Verfahren	675
a) Haftprüfung	675
b) Untersuchungshaftvollzug	675
V. Fahndungsmaßnahmen und Identitätsfeststellung	676
1. Ausschreibung von Personen und Aufklärungsfahndung	676
a) Ausschreibung zur Festnahme	676
b) Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung und zur Durchführung straf- prozessualer Eingriffe	677
c) Aufklärungs- und Identitätsfahndung	678
2. Identitätsfeststellung	678
a) Feststellung der Identität von Verdächtigen	678
b) Feststellung der Identität von Nichtverdächtigen	679
c) Freiheitsentziehungen zur Identitätsfeststellung	679
3. Kontrollstellenfahndung	679
a) Einrichtung von Kontrollstellen	679
b) Durchführung der Kontrolle	680
VI. Sicherstellung	681
1. Sicherstellung von Beweismitteln	681
a) Allgemeine Voraussetzungen und Formen	681
b) Geheimhaltung der Beschlagnahme gegenüber dem Beschuldigten ...	683
c) Gesetzliche Beschlagnahmeverbote	685
d) Begrenzung durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	687
2. Postbeschlagnahme und Auskunftsverlangen	688
a) Materielle Voraussetzungen	688
b) Anordnung und Durchführung	689
c) Keine Anwendung auf digitale Kommunikation	690
3. Sicherstellung von Einziehungsgegenständen	690
a) Sicherstellung nach § 111b StPO	690
b) Sicherstellung von Führerscheinen	691
VII. Durchsuchung	692
1. Gesetzliche Voraussetzungen	692
a) Durchsuchung bei Verdächtigen	693
b) Durchsuchung bei Unverdächtigen	693

2. Beschränkungen durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	694
3. Durchsuchungsanordnung	695
4. Durchführung einer Durchsuchung	696
5. Durchsicht von Papieren und Speichermedien	696
VIII. Körperliche Untersuchungen, erkennungsdienstliche Maßnahmen und DNA-Analyse	698
1. Körperliche Untersuchungen und Eingriffe beim Beschuldigten	698
a) Allgemeine Voraussetzungen	698
b) Einzelne Untersuchungen und Eingriffe	699
c) Anordnung und Durchführung der Untersuchungen	700
d) Verwertung und Vernichtung der entnommenen Körpersubstanzen ..	701
2. Körperliche Untersuchungen und Eingriffe bei Dritten	701
a) Materielle Voraussetzungen	701
b) Untersuchungsverweigerungsrecht von Angehörigen	702
c) Anordnung und Durchführung der Maßnahmen	703
3. Erkennungsdienstliche Maßnahmen	703
a) Für das laufende Strafverfahren	704
b) Für den Erkennungsdienst	705
c) Nacherhebung von Fingerabdrücken bei Drittstaatsangehörigen	707
4. DNA-Analyse	708
a) Allgemeine Grundlagen	708
b) Für das laufende Strafverfahren	709
c) Zur Identifizierung in künftigen Strafverfahren	712
d) Rechtspolitische Diskussion	715
Kapitel 6. Informationsverarbeitung im Polizei- und Strafverfahrensrecht (Müller/Schwabenbauer/Arzt)	719
Teil I. Verfassungs-, unions- und konventionsrechtliche Vorgaben (Müller/ Schwabenbauer)	742
I. Einleitung: Die Polizei der digitalen Gesellschaft im Mehrebenensystem des Rechts	742
II. Verfassungsrecht	750
1. Die Entwicklung vom „grundrechtsfreien“ zum grundrechtsrelevanten Datenumgang – Datenverarbeitung als Grundrechtseingriff	750
a) Entwicklung des Eingriffsverständnisses	750
b) Datenumgang als Eingriff	752
c) „Fahndungseingriffe“ – Datenabgleich als Eingriff (Treffer und Nicht- treffer)	759
d) Datenbankzugriff und Datenbankauswertung als Eingriff	762
e) Protokollierung als Eingriff	763
f) Datenverarbeitung aus öffentlichen Quellen	763
g) Eingriffsausschließende Einwilligung	764
2. Grundrechtliche Gewährleistungen – Schutz der Privatheit	768
a) Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG)	768
b) Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informati- onstechnischer Systeme (IT-Grundrecht) (Art. 2 Abs. 1 iVm Art. 1 Abs. 1 GG)	771
c) Brief-, Post und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Abs. 1 GG)	774
d) Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG) und Versammlungsfreiheit (Art. 8 Abs. 1 GG)	777
e) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 iVm Art. 1 Abs. 1 GG): insbesondere das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, am eigenen Wort und am eigenen Bild	777

f) Verfassungsrechtlicher Schutz des „Dateneigentums“?	780
g) Konkurrenzverhältnisse	780
h) Privatheit als verfassungsrechtliches Schutzgut	781
3. Kriterien zur Bestimmung der Eingriffsintensität	785
a) Zweckverfolgung	786
b) Informationsgehalt erhobener Daten (Art der Daten)	786
c) Modalitäten der Datenerhebung (Heimliche Datenerhebung und Datenerhebung bei Dritten)	787
d) Streubreite (Umfang des Betroffenenkreises)	789
e) Einschüchterungseffekte	790
f) Weitere Datenverwendung: Folgeeingriffe und sonstige Nachteile	791
g) Besonderheiten der automatisierten Datenauswertung	792
4. Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen	794
a) Allgemeines, insbesondere mit Blick auf heimliche Grundrechtseingriffe	794
b) Absolute Grenzen der Rechtfertigung	795
c) Modale und relative Eingriffsschwellen, insbesondere bei Datenerhebungseingriffen	809
d) Zweckkonforme Weiternutzung und Zweckänderung	824
e) Datenaustausch	828
f) Datenbanken und automatisierte Datenverarbeitung	838
g) Rechtswidrigkeit der Datenerhebung als (Weiter-) Nutzungs- und Übermittlungsschranke?	841
h) Das Zitiergebot als formale Eingriffsschwelle	842
5. Absicherung materieller Eingriffsschwellen durch Verfahrens- und Betroffenenrechte	843
a) Richter- und sonstige Bewilligungsvorbehalte	843
b) Kontrolle durch Datenschutzbeauftragte von Bund und Ländern und Aufsichtsbehörden	846
c) Einsatzhöchstfristen	847
d) Datensicherheit	848
e) Lösch- und Löschprüffristen	848
f) Dokumentations- und Protokollierungspflichten; Kennzeichnungspflicht	848
g) Auskunftsrechte und Benachrichtigungspflichten	850
h) Sanktionen	856
i) Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz	857
6. Globalperspektiven	858
a) Additive Grundrechtseingriffe	858
b) „Überwachungsgesamtrechnung“	859
7. Generierung von Maßnahmewissen	860
a) Berichtspflichten	861
b) Evaluationen	862
8. Anforderungen für die Anwendungsebene	864
a) Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	865
b) Verhältnismäßigkeit	865
c) Diskriminierungsverbote	866
III. Unions- und Konventionsrecht	869
1. Europäisches Recht der Datenverarbeitung	869
a) EU-Datenschutzreform 2016/2018: DS-GVO und DSRL-JI	869
b) Exkurs: Art. 16 Abs. 2 AEUV als Kompetenzgrundlage für DS-GVO und DSRL-JI	871
c) Richtlinie 2002/58/EG (E-Privacy-RL)	877
d) Sonstiges Sekundärrecht (PNR-RL, SIS-VO, KI-VO)	878

2. Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh)	880
a) Allgemeines	880
b) Recht auf Achtung des Privatlebens und des Schutzes personenbezogener Daten (Art. 7, 8 GRCh und Art. 16 Abs. 1 AEUV)	885
c) Gerichtlicher Rechtsschutz und Richtervorbehalt (Art. 47 GRCh) ..	888
3. Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK)	891
a) Rang und Wirkungsweise der Konvention	891
b) Recht auf Achtung des Privatlebens (Art. 8 EMRK)	891
4. Richtlinie (EU) 2016/680 (DSRL-JI)	894
a) Vorbemerkungen	894
b) Allgemeine Anwendungsvoraussetzungen	907
c) Besondere Anwendungsvoraussetzungen	918
d) Regelungsinhalte	926
5. E-Privacy-RL und Vorratsdatenspeicherung	969
a) Doppelter Einfluss des Art. 15 E-Privacy-RL	969
b) Eingriffsschwere	970
c) Verhältnismäßigkeit	970
Teil II. Einfachrechtliche Ausgestaltung der Informationsverarbeitung im Polizei- und Strafverfahrensrecht (Müller/Schwabenbauer)	972
I. Grundlagen des Rechts der polizeilichen Informationsverarbeitung	972
1. Systematik	972
a) Die grundsätzliche Trennung von Polizei- und Strafverfahrensrecht ..	972
b) Doppelfunktionale Maßnahmen	975
c) Verhältnis der Spezialbefugnisse zu Datenverarbeitungsgeneralklauseln und zum allgemeinen Datenschutzrecht	977
2. Grundbegriffe	978
3. Allgemeine Grundsätze der Informationsverarbeitung	982
II. Datenerhebung	985
1. Generalklauseln	986
a) Erhebungsgeneralklauseln im Polizeirecht	987
b) Allgemeine Ermittlungsbefugnisse im Strafverfahren	991
c) Einwilligung als Rechtsgrundlage sicherheitsbehördlicher Datenverarbeitung	993
2. Datenerhebung im vorwiegend öffentlichen Raum	994
a) Identitätsfeststellung	994
b) Befragung	996
c) Videoüberwachung, Bild- und Tonaufnahmen im öffentlichen Raum	997
3. Datenerhebung im Zusammenhang mit elektronisch gespeicherten Informationen	1009
a) „Sicherstellung von Daten“	1009
b) Datenerhebung in virtuellen öffentlichen Räumen	1010
4. Datenerhebung im Zusammenhang der Fernkommunikation	1011
a) Eingriffe in den Brief- und Postverkehr	1012
b) Eingriffsmaßnahmen im Zusammenhang der Telekommunikation ...	1012
c) Eingriffsmaßnahmen im Zusammenhang internetbasierter Kommunikation	1029
5. Datenerhebung mit besonderen Eingriffen in die persönliche Lebenssphäre der Betroffenen	1029
a) Überwachung von Wohnraum	1030
b) Online-Durchsuchung	1035

c) Längerfristige Observation	1039
d) Verdeckt Ermittelnde und Vertrauenspersonen	1042
III. Weiterverarbeitung von Daten	1047
1. Speicherung, Veränderung und Verwendung von Daten	1048
a) Konzept	1048
b) Regelungen im Gefahrenabwehrrecht	1049
c) Regelungen im Strafverfahrensrecht	1051
d) Speicherung zur Vorgangsverwaltung und befristeten Dokumentation	1053
e) Verarbeitung strafprozessual erlangter Daten zu präventiv-polizeilichen Zwecken; insbesondere: Datenerfassung in Kriminalaktennachweisen (KAN)	1054
2. Berichtigung von Daten	1057
3. Löschung	1058
4. Einschränkung der Verarbeitung	1060
IV. Befugnisse zur Datenübermittlung	1060
1. Grundsätze	1061
a) Zweckbindung	1061
b) Schutz besonders sensibler Daten	1062
c) Ermessensausübung und Verhältnismäßigkeit	1064
d) Verantwortlichkeit	1064
2. Übermittlung und Austausch von Daten zwischen innerstaatlichen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden	1065
a) Sicherheitsrechtliche Regelungen	1065
b) Strafprozessuale Regelungen	1065
c) Regelungen für Verbundsysteme	1068
3. Datenübermittlung an Verfassungsschutzbehörden und Nachrichtendienste	1070
4. Datenübermittlung an sonstige öffentliche Stellen im Inland	1071
a) Datenübermittlung an Gerichte	1071
b) Datenübermittlung zur Ermöglichung von Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen, Sicherheitsanfragen nach §§ 73, 73a AufenthG	1071
c) Sonstige Datenübermittlung	1072
d) Teilnahme öffentlicher Stellen an polizeilichen Informationssystemen	1073
5. Datenübermittlung an nicht-öffentliche Stellen	1073
6. Datenübermittlung an ausländische Behörden und internationale Organisationen	1075
a) Datenübermittlung an Behörden in anderen EU-Mitgliedstaaten	1075
b) Datenübermittlung an Behörden in Drittstaaten und internationale Organisationen	1076
c) Beteiligung ausländischer Behörden und internationaler Organisationen an automatisierten Abrufverfahren	1080
7. Datenübermittlung an die Polizei	1080
V. Befugnisse zum Datenabgleich	1080
1. Vorbemerkung: Datenverarbeitung im Anwendungsbereich des Unionsrechts	1080
2. Interner Datenabgleich	1080
3. Rasterfahndung	1084
a) Begriff der Rasterfahndung	1084
b) Eingriffsqualität der Rasterfahndung	1085
c) Repressive Rasterfahndung	1087
d) Präventive Rasterfahndung	1089
e) Umfang des Herausgabeverlangens und der Übermittlung	1091
f) Adressaten; Übermittlungspflicht	1091

g) Unterrichtungspflicht	1092
h) Löschpflichten	1092
4. Abgleich von Kfz-Kennzeichen mit Fahndungsbeständen	1093
a) Funktionsweise der Kennzeichenerfassung und des Abgleichs mit dem Fahndungsbestand (Kennzeichenkontrolle)	1093
b) Gesetzgebungskompetenz	1094
c) Materielle verfassungsrechtliche Vorgaben	1095
d) Überblick über einfachgesetzliche Vorschriften	1098
5. Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung	1100
a) Durchführung der Beobachtung	1100
b) Praktische Bedeutung	1101
c) Verfassungsrechtliche Bewertung	1101
d) Ausschreibung	1103
e) Übermittelte Daten	1105
f) Formelle Vorgaben	1107
g) Unterrichtung	1108
Teil III. Flankierende Vorgaben zur Datenverarbeitung im Recht von Bund und Ländern (Müller/Schwabenbauer)	1108
I. Datenhaltung	1108
1. Verschiedene Kategorien betroffener Personen (Art. 6 DSRL-JI)	1108
2. Speicherdauer	1109
II. Technische Vorbereitung und Gestaltung von Datenverarbeitung	1109
1. Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen	1109
2. Datenschutz-Folgenabschätzung	1110
3. Anforderungen an die Sicherheit der Datenverarbeitung	1111
4. Garantien im Fall der Verarbeitung besonderer Kategorie personenbezogener Daten (Art. 10 DSRL-JI)	1112
III. Dokumentation	1113
1. Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	1113
2. Protokollierungspflicht	1114
3. Errichtungsanordnungen	1116
IV. Organisation	1117
1. Behördlicher Datenschutzbeauftragter	1117
2. Schutz von Whistleblowern (Art. 48 DSRL-JI)	1117
V. Information	1118
1. Informationspflichten in besonderen Fällen	1118
a) Pflichten bei offener Datenerhebung durch die Polizei	1118
b) Pflichten bei heimlicher Datenverarbeitung	1118
c) Informationspflichten anlässlich der Einstellung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens (§ 170 Abs. 2 S. 2 StPO)	1119
2. Pflichten bei „Datenpannen“	1120
Teil IV. Aufsichtsbehörden nach dem Recht von Bund und Ländern (Müller/Schwabenbauer)	1120
I. Bundes- und Landesbeauftragte für den Datenschutz als Aufsichtsbehörden	1120
II. Auslöser für ein Tätigwerden der Aufsichtsbehörde	1121
III. Ausgestaltung der Aufsicht	1122
1. Aufgaben und Befugnisse	1122
2. Teilweise unionsrechtswidrige Umsetzung von Art. 47 Abs. 2 DSRL-JI	1124
a) Fehlende Einwirkungsbefugnisse	1124
b) Zugang zu Informationen	1128
c) Keine unmittelbare Anwendbarkeit von Art. 47 Abs. 2 DSRL-JI	1128

IV. Schutz der betroffenen Person durch die und vor der Aufsichtsbehörde	1129
1. Ausübung der Rechte über die Aufsichtsbehörde (Art. 17 DSRL-JI)	1129
2. Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Art. 52 DSRL-JI)	1130
3. Rechtsschutz gegen die Aufsichtsbehörde	1130
V. Rechtsschutz des Verantwortlichen gegen die Aufsichtsbehörde	1132
Teil V. Rechte der betroffenen Person (Müller/Schwabenbauer)	1132
I. Auskunftsanspruch der betroffenen Person	1132
1. Gegenstand und Umfang des Auskunftsanspruchs	1132
2. Form und Verfahren	1133
3. Ausnahmen von der Auskunftserteilung	1134
II. Schutz der betroffenen Person durch die und vor der Aufsichtsbehörde	1134
III. Rechtsschutz gegen den Verantwortlichen (Art. 54 DSRL-JI)	1134
IV. Möglichkeit widersprechender Gerichtsentscheidungen: Verfahren gegen die Aufsichtsbehörde und gegen den Verantwortlichen	1135
Teil VI. Praxis der polizeilichen Datenverarbeitung (Arzt)	1136
I. Praxis und Herausforderungen der polizeilichen Datenverarbeitung	1136
II. Neugestaltung der polizeilichen Datenverarbeitung – von Polizei 2020 bis P20	1144
III. Einsatzleitstellen, Vorgangs- und Fallbearbeitung	1152
1. Einsatzleitstellensysteme	1152
2. Vorgangsbearbeitung und Vorgangsverwaltung	1154
a) Vorgangsbearbeitung	1156
b) Vorgangsverwaltung und Dokumentation	1158
c) Anbindung an andere Systeme	1160
3. Fallbearbeitungssysteme	1160
IV. Polizeilicher Informationsverbund	1161
1. Polizeilicher Informations- und Analyseverbund (PIAV)	1161
2. INPOL-Verbund	1164
a) Verfassungsrechtliche Problematik aus § 91 BKAG	1164
b) Entwicklung des INPOL-Systems	1165
c) Struktur und Speichervoraussetzungen	1166
d) INPOL Verbunddateien – ein Überblick	1167
e) Erfassung von Personendaten	1168
f) Kriminalakten und Kriminalaktennachweis	1169
g) Personen- und Sachfahndung	1171
h) Haftdatei	1172
i) Verbunddatei Erkennungsdienst	1173
j) DNA-Analysedatei	1173
k) Personengebundene Hinweise (PHW)	1174
l) Ermittlungsunterstützende Hinweise (EHW)	1177
3. INPOL-Falldateien	1178
a) Verbunddatei Innere Sicherheit	1179
b) Verbunddateien Gewalttäter	1179
c) Verbunddatei „Gewalttäter Sport“	1180
d) Falldatei Rauschgift	1183
e) Weitere Falldateien	1184
V. Videoüberwachung, Personen-, Gesichts- und Verhaltenserkennung	1184
1. Videoüberwachung	1184
a) Stationäre Videoüberwachung	1184
b) Mobile Videoüberwachung und Bodycams	1185

2. Gesichts- und Verhaltenserkennung	1187
a) Gesichtserkennung	1187
b) Verhaltenserkennung	1189
c) Automatisierte Erfassung der Nutzung von mobilen Endgeräten	1190
3. Digitalisierte Erkennung von Gesichtern und Fingerabdrücken	1191
4. Automatisierte Kennzeichenkontrolle	1193
VI. Polizeiliche Analysesysteme und Data Mining	1195
1. Raumbezogenes Predictive Policing	1196
2. Personenzentriertes Predictive Policing	1197
3. Automatisierte Datenanalyse und Data Mining	1198
VII. Weitere relevante Dateien und Systeme	1200
1. Amts- und Zentraldateien beim BKA	1200
2. Strafverfahrensdateien und Mischdateien	1201
3. Fluggastdatenverarbeitung	1201
4. Antiterrordatei und Rechtsextremismus-Datei	1204
5. Digitale Dienste und strafbare Inhalte im Internet	1207
6. Zollfahndungsdateien und FIU	1207
VIII. Europäischer Datenaustausch	1210
1. Europol	1210
2. Schengener Informationssystem	1212
3. Prüm-Verbund und weitere Formen des Datenaustauschs	1212
IX. Interpol	1213
Kapitel 7. Nachrichtendienste und Polizei (Bergemann)	1217
I. Entwicklung und verfassungsrechtlicher Rahmen	1221
1. Entwicklung	1221
2. Trennungsgebot	1223
3. Grundrechte	1226
a) Betroffene Grundrechte und Eingriffsschwellen	1226
b) Erhebung und Verwendung als Regelungsgesamtsystem	1226
4. Parteien und Abgeordnete	1227
II. Aufgaben und Befugnisse	1229
1. Begrenzungsfunktion von Aufgaben und Beobachtungsvoraussetzungen	1229
a) Sammlung und Auswertung von Informationen	1229
b) Sachliche Beobachtungsgegenstände	1230
c) Allgemeine Beobachtungsschwellen	1243
d) Betroffener Personenkreis	1246
e) Mitwirkungsaufgaben	1253
2. Befugnisse zur Informationsbeschaffung	1254
a) Datenerhebung aus allgemein zugänglichen Quellen	1254
b) Besondere Mittel	1257
c) Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel	1264
3. Speicherung in Akten und Dateien	1273
a) Personen- und Sachakten	1274
b) Amtsdateien	1275
c) Gemeinsame Dateien der Verfassungsschutzbehörden – zentraler Datenpool	1277
d) Besondere Verfahrenssicherungen	1278
4. Zusammenarbeit, insbesondere mit Polizeibehörden	1279
a) Polizeiliche Interessen an der Zusammenarbeit und Datenübermittlung	1279
b) Datenübermittlungen im Inland	1280
c) Besondere Fälle und Probleme der Datenübermittlung	1306

Inhaltsverzeichnis

d) Datenübermittlungen mit Auslandsbezug	1310
e) Gemeinsame Dateien	1314
f) Gemeinsame Dateien mit ausländischen Geheimdiensten	1317
g) Gemeinsame Zentren	1317
III. Allgemeine Verfahrenssicherungen	1320
1. Kontrolle	1320
a) Rechtsschutz	1320
b) Parlamentarisches Kontrollgremium	1321
c) Datenschutzbeauftragte	1322
d) UK-Rat und weitere Gremien	1323
2. Vermeidung additiver Grundrechtseingriffe	1325
3. Benachrichtigung und Auskunft	1326
Kapitel 8. Gefahrenabwehr durch Ordnungsverwaltung (<i>Wapler/Kießling/ Kniesel/Buchberger/Arzt/Gamp/Gerster/Marx/Golla/Weingärtner</i>)	1329
I. Aufenthaltsrecht (<i>Wapler</i>)	1335
1. Einleitung	1335
a) Aufenthaltsrecht als Teil des Gefahrenabwehrrechts	1335
b) Historische Entwicklung und aktuelle Rechtsgrundlagen	1336
c) Behördliche Handlungsspielräume im Aufenthaltsrecht	1340
2. Betroffener Personenkreis	1341
a) Ausländer	1341
b) Unionsbürger	1342
c) Flüchtlinge, Asylberechtigte bzw. international Schutzberechtigte	1342
d) Sonderregelungen	1342
3. Zuständigkeiten	1343
a) Zuständige Behörden im Aufenthaltsrecht	1343
b) Aufgaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge	1345
4. Voraussetzungen der Einreise	1346
a) Passpflicht	1346
b) Aufenthaltstitel	1346
c) Unerlaubte Einreise	1346
5. Erteilung eines Aufenthaltstitels	1349
a) Überblick	1349
b) Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen	1350
c) Visum	1350
d) Aufenthaltserlaubnis	1351
e) Niederlassungserlaubnis	1357
f) Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU	1358
g) Sonstiger Status, insbesondere Aufenthaltsgestattung, Duldung	1358
h) Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels, Versagungsgründe	1360
i) Nebenbestimmungen	1361
j) Widerruf und Rücknahme	1361
6. Integrationskurs, Bildung und Teilhabe am Erwerbsleben, soziale Sicher- heit	1362
a) Integrationskurs	1362
b) Bildung, Ausbildung und Teilhabe	1363
c) Soziale Sicherung	1364
7. Aufenthaltsbeendigung	1366
a) Erlöschen des Aufenthaltstitels	1366
b) Ausweisung	1366
c) Nachträgliche Befristung	1369

d) Durchsetzung der Ausreisepflicht	1369
e) Auslieferung	1372
8. Rechtsschutz	1373
II. Gesundheitsrecht (<i>Kießling</i>)	1374
1. Begriff und historische Entwicklung	1374
a) Der Begriff „Gesundheitsrecht“	1374
b) Entwicklung	1374
c) Gesetzgebungskompetenz	1375
2. Infektionsschutz- und Tierseuchenrecht	1375
a) Infektionsschutzrecht	1376
b) Tierseuchenrecht	1386
3. Lebensmittelrecht	1388
a) Lebensmittelrecht im engeren Sinne	1389
b) Tabakerzeugnisrecht	1391
4. Arzneimittelrecht	1392
a) Herstellungs- und Vertriebsverbote	1393
b) Kennzeichnungspflichten	1393
c) Herstellung, Zulassung, Abgabe	1393
d) Befugnisse der konkreten Gefahrenabwehr	1393
III. Hilfeleistungsrecht (<i>Kniesel</i>)	1393
1. Regelungsbereiche, Rechtsnatur und gesetzliche Grundlagen	1394
a) Hilfeleistungsrecht als Oberbegriff	1394
b) Verhältnis zum allgemeinen Polizei- und Ordnungsrecht	1394
c) Gesetzliche Grundlagen	1395
2. Feuerwehrrecht	1396
a) Geschichte der Feuerwehr	1396
b) Begriff, Rechtsnatur und Stellung der Feuerwehr	1397
c) Rechtsnatur und Dogmatik des Feuerwehrrechts	1398
d) Arten der Feuerwehr	1398
e) Aufgaben	1400
f) Befugnisse	1401
g) Pflichtige Personen	1403
h) Verhältnismäßigkeit und Ermessen	1404
i) Vollstreckung	1404
j) Kosten	1404
3. Rettungsdienstrecht	1405
a) Geschichte und Bedeutung	1405
b) Rechtsnatur des Rettungsdienstrechts und des Rettungsdienstes	1405
c) Organisation	1406
d) Aufgaben	1406
4. Katastrophenschutzrecht	1407
a) Geschichte und Bedeutung	1407
b) Verfassungsrechtliche Vorgaben	1407
c) Grundlagen	1408
d) Durchführung	1409
e) Eingriffsmaßnahmen und Befugnisse	1409
f) Zukunft des Katastrophenschutzrechts	1410
IV. Luftsicherheitsrecht (<i>Buchberger/Arzt</i>)	1410
1. Einführung	1410
2. Europarechtliche und gesetzliche Rahmenbedingungen	1411
3. Aufgaben und Befugnisse der Luftsicherheitsbehörden	1413
a) Allgemeine Befugnisse (§ 3 LuftSiG)	1414

b) „Besondere“ Befugnisse (§ 5 LuftSiG)	1415
c) Flugverbote (§ 3a LuftSiG)	1417
4. Zuverlässigkeitsüberprüfungen (§§ 7 und 7a LuftSiG)	1418
a) Erfasster Personenkreis	1419
b) Zuverlässigkeitskriterien	1419
c) Verfahren	1421
d) Luftsicherheitsregister (§ 7a LuftSiG)	1423
5. Eigensicherungsmaßnahmen von Flugplatzbetreibern und Luftfahrtunter- nehmen (§§ 8–9a LuftSiG)	1424
a) Sicherheitsmaßnahmen der Flugplatzbetreiber (§ 8 LuftSiG)	1424
b) Sicherheitsmaßnahmen der Luftfahrtunternehmen (§ 9 LuftSiG)	1425
c) Sicherheitsmaßnahmen der Beteiligten an der sicheren Lieferkette (§ 9a LuftSiG)	1426
6. Aufgaben und Befugnisse verantwortlicher Luftfahrzeugführer in deut- schen Luftfahrzeugen (§ 12 LuftSiG)	1426
7. Zuständigkeiten und Aufgabenübertragung	1428
a) Luftsicherheitsbehörden (§ 16 LuftSiG)	1428
b) Beliehene (§ 16a LuftSiG)	1429
8. Luftsicherheit und Drohnen	1430
V. Melde-, Pass- und Ausweisrecht (<i>Gamp</i>)	1431
1. Melderecht	1432
a) Einordnung	1432
b) Regelungsbereich und Regelungsziel	1432
c) Rechtsgrundlagen	1433
d) Einzelfragen	1434
e) Rechtsschutz	1446
2. Pass- und Personalausweisrecht	1449
a) Einordnung	1449
b) Regelungsbereiche und Regelungsziele	1449
c) Rechtsgrundlagen	1450
d) Einzelfragen	1453
e) Rechtsschutz	1467
VI. Straßenverkehrsrecht (<i>Gerster</i>)	1469
1. Grundlagen	1470
a) Historische Entwicklung	1470
b) Aktuelle normative Regelungen	1471
c) Abgrenzungen	1474
2. Zuständigkeiten	1477
a) Bundesbehörden	1477
b) Straßenverkehrsbehörden	1478
c) Polizei	1479
3. Aufgaben und Befugnisse	1479
a) Aufgaben	1479
b) Befugnisse	1479
VII. Öffentliches Vereinsrecht (<i>Marx</i>)	1481
1. Historischer Aufriss	1481
2. Rechtliche Grundlagen	1483
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen	1483
b) Völkerrechtliche Grundlagen	1484
c) Unionsrechtliche Grundlagen	1486
d) Gesetzliche Grundlagen	1487
e) Verhältnis des öffentlichen Vereinsrechts zu anderen Gesetzen	1487

3. Vereinsbegriff	1488
a) Verein im Sinne des öffentlichen Rechts (§ 2 Abs. 1 VereinsG)	1488
b) Religions- und Weltanschauungsvereine	1489
c) Politische Parteien und Fraktionen	1490
d) Ausländerverein und ausländischer Verein	1490
4. Vereinsverbot	1491
a) Allgemeines	1491
b) Verbotstatbestände	1493
c) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	1499
d) Vereinbarkeit des Vereinsverbotes mit Art. 11 EMRK	1502
e) Teilorganisation, Nebenorganisation und Ersatzorganisation	1502
f) Verbotswirkung und Umfang	1504
5. Behördliche Zuständigkeiten	1505
a) Verbotsbehörde	1505
b) Recht auf Anhörung	1505
c) Vollzugsbehörde	1506
6. Rechtsschutz	1506
a) Rechtsschutz gegen Verbotsverfügungen	1506
b) Rechtsschutz gegen Vollzugsakte	1510
VIII. Waffenrecht (<i>Gerster</i>)	1510
1. Abgrenzungen und historische Entwicklungen	1510
a) Abgrenzungen	1510
b) Historische Entwicklungen	1511
2. Zuständigkeiten	1518
a) Sachliche Zuständigkeit	1518
b) Örtliche Zuständigkeit	1519
3. Begriffe und Regelungen des Waffengesetzes	1520
a) Gesetzesübersicht	1520
b) Wichtige Einzelfragen	1526
4. Begriffe und Regelungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes	1530
5. Begriffe und Regelungen des Sprengstoffgesetzes	1531
IX. IT-Sicherheitsrecht (<i>Golla</i>)	1532
1. Regelungsbereich, gesetzliche Grundlagen und Entwicklung	1533
2. Einrichtungen zum Schutz der IT-Sicherheit	1535
a) Einrichtungen des Bundes	1535
b) Weitere Gremien	1537
3. Polizei, Ordnungsbehörden und Nachrichtendienste: Zuständigkeiten und Befugnisse	1538
a) Sonderordnungsbehörden	1538
b) Polizeien und Nachrichtendienste	1543
X. Einsatz der Bundeswehr im Innern (<i>Weingärtner</i>)	1546
1. Der Auftrag der Bundeswehr	1546
2. Begriffsbestimmungen	1548
3. Historische Entwicklung	1550
4. Einsatztatbestände der Streitkräfte im Innern	1551
a) Einsatz zur Verteidigung	1551
b) Eigenschutz der Bundeswehr	1553
c) Befugnisse im äußeren Notstand	1554
d) Einsatz im inneren Notstand	1556
e) Einsatz im Katastrophennotstand	1557
f) Amtshilfe durch die Bundeswehr	1560
5. Szenarien	1561
a) Terroranschlag	1561

Inhaltsverzeichnis

b) Insbesondere: RENEGADE-Fall	1562
c) Großveranstaltungen	1563
d) Cyberangriff	1565
6. Resümee	1566
Kapitel 9. Versammlungsrecht (Kniesel/Poscher)	1569
I. Historischer Aufriss	1576
II. Völker- und unionsrechtliche Vorgaben	1578
1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte	1578
2. Europäische Menschenrechtskonvention	1579
3. Unionsrecht	1580
III. Kompetenzen für das Versammlungswesen	1581
1. Gesetzgebungskompetenzen nach der Föderalismusreform	1581
a) Zuständigkeit der Länder	1581
b) Das Bundesversammlungsgesetz – Auslaufmodell oder bleibendes Pro- visorium?	1583
2. Die Polizeifestigkeit des Versammlungsrechts	1583
a) Keine abschließende Regelung nichtöffentlicher Versammlungen	1584
b) Grundsätzlich abschließende Regelung für öffentliche Versammlungen	1585
3. Verwaltung	1589
IV. Grundrechtlicher Schutz	1589
1. Versammlungsfreiheit	1590
a) Der Schutzbereich der Versammlungsfreiheit	1591
b) Eingriffe in den Grundrechtsschutz	1607
c) Schranken der Versammlungsfreiheit	1611
d) Grenzen staatlicher Eingriffsbefugnisse	1623
e) Abwehr-, Leistungs- und Verfahrensrechte, objektivrechtliche Funk- tion und institutionelle Garantie	1626
2. Meinungsfreiheit	1628
3. Kunstfreiheit	1635
4. Glaubensfreiheit	1635
5. Arbeitskampffreiheit	1635
6. Vereinigungsfreiheit	1636
7. Parteienfreiheit	1637
8. Körperliche Bewegungsfreiheit	1637
9. Recht auf informationelle Selbstbestimmung	1638
10. Allgemeine Handlungsfreiheit und allgemeines Persönlichkeitsrecht	1638
11. Art. 19 Abs. 4 GG	1638
12. Konkurrenzen	1640
V. Vorgaben der Versammlungsgesetze	1641
1. Einfachgesetzliche Ausgestaltung der Versammlungsfreiheit	1641
2. Versammlungsbegriff und -formen	1642
a) Versammlungsbegriff	1642
b) Versammlungsformen	1643
3. Versammlungsbeteiligte	1644
a) Veranstalter	1644
b) Leiter	1645
c) Teilnehmer	1648
d) Kollisionen	1648
4. Zuordnungssubjekte	1649
5. Anmeldung	1650
a) Anmeldepflicht	1650
b) Anmeldeverfahren	1653

6. Kooperation	1656
a) Bedeutung	1656
b) Verfassungsrechtliche Grundlage	1657
c) Verfahrensrechtlicher Rahmen	1657
d) Inhalt und Umfang	1658
e) Phasen der Kooperation	1660
f) Folgen verweigerter Kooperation	1660
7. Verbote	1661
a) Allgemeines Störungsverbot	1661
b) Verbot des Waffentragens	1661
c) Uniformverbot	1662
d) Versammlungsverbot im Bannkreis	1664
e) Verbot von Passivbewaffnung und Vermummung	1664
8. Zuständigkeiten	1668
9. Befugnisse	1669
a) Systematik	1670
b) Rechte von Leiter und Ordnern	1674
c) Ordnungsrechte des Leiters	1675
d) Befugnisse von Versammlungsbehörde und Polizei	1675
Kapitel 10. Rechtsschutz (Gamp/Frister)	1699
I. Einleitung (Buchberger/Gamp)	1701
1. Verfassungsrechtliche Garantie des Art. 19 Abs. 4 GG	1701
2. Allgemeiner Justizgewährungsanspruch	1703
3. Verfassungsrechtliche Verfahrensgarantien	1703
4. Einschränkungen des Rechtsschutzes	1704
5. Wirksamer Rechtsschutz durch vorläufigen Rechtsschutz	1705
6. Exkurs: Bürger- und Polizeibeauftragte im Bund und in den Ländern	1705
II. Rechtsschutz gegen polizeirechtliche Maßnahmen (Buchberger/Gamp)	1706
1. Rechtsweg	1706
a) Sonderzuweisungen	1706
b) Privatrecht	1707
c) Doppelfunktionale Maßnahmen	1708
d) Rechtsweg bei der Strafverfolgungsvorsorge	1711
e) Rechtsweg bei Richtervorbehalten	1713
f) Rechtsweg bei erledigten Eingriffen	1714
2. Allgemeine Sachentscheidungsvoraussetzungen	1715
3. (Prozess)Gerichtliches Verfahren	1716
a) Rechtsschutz gegen belastende Verwaltungsakte	1717
b) Rechtsschutzbegehren auf polizeiliches Handeln	1735
c) Nachgehender Rechtsschutz	1740
d) Normenkontrollverfahren	1746
4. Rechtsmittel	1748
a) Berufungszulassung und Berufung	1748
b) Revisionszulassung und Revision	1751
c) Beschwerde	1753
5. Wirkung gerichtlicher Entscheidungen und Vollstreckung	1754
a) Wirkung gerichtlicher Entscheidungen	1754
b) Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen	1755
III. Rechtsschutz gegen strafprozessuale Eingriffe (Frister)	1755
1. Lückenhaftigkeit der gesetzlichen Regelung	1755

2. Antrag auf gerichtliche Entscheidung (§ 98 Abs. 2 S. 2–5 StPO)	1756
a) Anwendungsbereich der Regelung	1756
b) Zuständigkeit und Verfahren	1758
3. Beschwerde (§§ 304 ff. StPO)	1759
4. Besonderheiten bei verdeckten Ermittlungsmaßnahmen	1760
a) Benachrichtigungspflicht	1760
b) Rechtsbehelf des § 101 Abs. 7 S. 2–4 StPO	1763
Kapitel 11. Staatshaftung im Polizei- und Ordnungsrecht und Haftung des Bürgers für Polizeikosten (Camp)	1765
I. Staatshaftung im Polizei- und Ordnungsrecht	1770
1. Grundlagen	1770
a) Bedeutung und Regelungsstruktur	1770
b) Handeln einer Polizei- oder Ordnungsbehörde	1772
c) Anspruchsauslösendes Verhalten	1774
d) Rechtswidrigkeit oder Rechtmäßigkeit des Verhaltens	1778
2. Ansprüche bei rechtmäßigem behördlichen Verhalten	1781
a) Ansprüche des Störers	1781
b) Ansprüche des Nichtstörers	1781
c) Ansprüche des Polizeihelfers und des nach § 323c StGB Hilfeleistenden	1783
d) Ansprüche unbeteiligter Dritter	1784
e) Ausgleichs- und Entschädigungsansprüche für „Jedermann“?	1786
3. Ansprüche bei rechtswidrigen behördlichen Maßnahmen	1787
a) Haftungstatbestände der polizei- und ordnungsrechtlichen Unrechthaftung	1788
b) Amtshaftung	1789
4. Inhalt, Art und Umfang der verschiedenen Sekundäransprüche	1797
a) Gesetzlich normierte Ausgleichs- und Entschädigungsansprüche	1797
b) Amtshaftungsanspruch	1799
c) Aufopferungs- bzw. enteignungsgleicher Anspruch	1800
5. Konkurrenzen, Anspruchsgegner, Rechtsweg	1801
a) Konkurrenzen	1801
b) Anspruchsgegner	1802
c) Rechtsweg	1803
II. Haftung für Polizeikosten	1803
1. Allgemeine Grundsätze	1803
a) Einführung	1803
b) Inhaltliche Schranken der Abgeltung staatlicher Leistungen durch Sonderlasten	1805
c) Haftung für Polizeikosten bei einer Störermehrheit	1815
d) Geltendmachung des polizeilichen Kostenerstattungsanspruchs	1820
2. Einzelfälle kostenpflichtiger polizeilicher Leistungen	1820
a) Kostenhaftung des Störers, des Anscheinsstörers und bei Gefahrenverdacht	1820
b) Kostenhaftung bei privaten Großveranstaltungen	1825
c) Kostenhaftung im Zusammenhang mit Versammlungen	1831
d) Kostenhaftung beim Abschleppen bzw. Umsetzen von Kraftfahrzeugen	1833
e) Kostenhaftung für Fehlalarm	1838
f) Luftsicherheitsgebühr und Eigensicherungskosten	1840

Kapitel 12. Europäische Rechtsgrundlagen und Institutionen des Polizeihandelns (Aden)	1845
I. Einführung	1849
II. Rechtsgrundlagen des europäisierten Polizeihandelns im Wandel	1857
1. Rechtliche Handlungsformen und Rechtsetzungsverfahren für die Polizei- und Justizzusammenarbeit	1857
2. Übereinkommen über die Polizeiliche Zusammenarbeit in der EU	1860
a) Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ) und seine Integration in den EU-Rahmen	1860
b) Bilaterale Abkommen für die Zusammenarbeit und gemeinsame Zentren in den Grenzregionen	1863
c) Vertrag von Prüm und seine Integration in die EU	1865
3. Rechtshilfe in Strafsachen in Europa und Justizzusammenarbeit in der EU	1867
a) Grundlagen	1867
b) Europäischer Haftbefehl	1868
c) Europäische Ermittlungsanordnung und gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen	1873
d) EU-Mindeststandards zu Verfahrensgarantien im Strafverfahren	1875
III. EU-Agenturen und -Einrichtungen für die Polizei- und Justizzusammenarbeit	1876
1. Europol	1877
a) Rechtsgrundlagen: Vom völkerrechtlichen Vertrag zur EU-Verordnung	1877
b) Aufgaben und Zuständigkeiten von Europol	1878
c) Europol-Verwaltungsstruktur und Personal	1880
d) Nationale Stellen, Verbindungsbeamte	1881
e) Kooperation und Datenaustausch mit Drittstaaten, Internationalen Organisationen und Privaten	1882
f) Kontrolle und Datenschutz	1885
2. Eurojust	1888
a) Entstehungskontext und Rechtsgrundlage	1888
b) Aufgaben und Zuständigkeiten	1889
c) Organisation und Arbeitsweise	1890
d) Datenverarbeitung, Datenschutz und Kontrolle	1891
3. Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa)	1892
4. Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex)	1895
5. eu-LISA	1897
6. Aus- und Fortbildungsagentur CEPOL	1898
7. ENISA	1899
IV. Zentralisierter und vernetzter Informationsaustausch	1899
1. Zentralisierte Datenbanken	1901
a) Schengener Informationssystem	1901
b) Europol-Datenbanken	1903
c) Zugriff von Sicherheitsbehörden auf weitere EU-Datenbanken für die Migrationsverwaltung: Eurodac und VIS	1904
d) Weitere Projekte mit zentralisierten Datenbeständen und Herstellung von Interoperabilität	1905
2. Zugriff auf polizeiliche Datenbanken anderer EU-Mitgliedstaaten	1907
3. Nicht-automatisierter Informationsaustausch zwischen Polizeibehörden in der EU	1910
4. Informationsaustausch im Rahmen der Justizzusammenarbeit	1914

V. Polizeiliche Unterstützung anderer EU-Staaten bei Ermittlungen und Fahndung jenseits des Informationsaustausches	1916
1. Rechtshilfe aufgrund Europäischer Ermittlungsanordnungen	1917
a) Zeugen- und Sachverständigenvernehmung per Video- oder Telefonkonferenz	1917
b) Telekommunikationsüberwachung	1918
c) Verdeckte Ermittlung	1918
d) Kontrollierte Lieferungen	1920
e) Bank-, Konto- und Finanzinformationen	1921
2. Fahndung nach Personen und Sachen im Schengen-Raum	1922
a) Personenfahndung zum Zwecke der Auslieferung oder Übergabe	1922
b) Ingewahrsamnahme von vermissten oder gefährlichen Personen	1924
c) Sachfahndung zur Sicherstellung oder Beweissicherung in Strafverfahren	1924
d) Verdeckte oder gezielte Kontrolle von Personen oder Sachen	1925
VI. Polizeihandeln auf dem Hoheitsgebiet anderer EU-Staaten	1927
1. Ausübung von Hoheitsrechten auf dem Territorium anderer EU- und Schengen-Staaten	1927
a) Tätigwerden ausländischer Polizeibediensteter in Deutschland	1927
b) Tätigwerden deutscher Polizeibediensteter im Ausland	1928
2. Gemeinsame Einsatzformen	1928
a) Gemeinsame Streifen	1928
b) Unterstellung von Polizeibeamten eines anderen Mitgliedstaates	1930
c) Grenzüberschreitende polizeiliche Nothilfe	1930
d) Unterstützung bei polizeilichen Großlagen	1930
3. Gemeinsame Ermittlungsgruppen	1931
a) Begriff und Rechtsgrundlagen	1931
b) Organisation und Befugnisse	1932
c) Verfahrensvorschriften des deutschen Rechts	1933
d) Beteiligung von Europol und Eurojust	1934
4. Grenzüberschreitende Nacheile	1934
5. Grenzüberschreitende Observation	1937
VII. Polizeihandeln an den Schnittstellen zwischen innerer Sicherheit und EU-Außenpolitik	1940
1. Listung von Terrorverdächtigen	1940
2. Internationale Polizeimissionen	1942
VIII. Fazit und Ausblick	1943
Sachverzeichnis	1947